Thorner  Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefträger ins Haus gebr. 4.02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm.

Nr. 31 — Donnerstag, 6. Februar — 1919

Neueste Nachrichten.

Zur Neubildung der Reichsregierung.

Berlin, 5. Februar. (Drahtnachricht). Nach Berliner Blättern hielten die beiden entscheidenden Fraktionen, Demokraten und Zentrum, heute ihre Fraktionssitzungen ab; von deren Ergebnis wird es abhängen, ob ein großes Koalitionskabinett von 14 bis 16 Personen gebildet wird, oder ob die Sozialdemokraten und Demokraten sich zusammentun. In diesem Falle erwartet man in sozialdemokratischen Kreisen, daß Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten ernannt wird. Ein politisches Kabinett im bisherigen Sinn würde nicht mehr gebildet werden, bisherigen Mitgliedern verbleiben würden: Graf sondern ein Reichsministerium, in dem von den Brockdorff-Rantzau, Preuß und Schiffer. Landsberg würde das Justizministerium übernehmen, Wissel an Stelle von Rüdlin das Reichpostamt, Noske das Reichsmarineamt und Scheidemann als Staatssekretär ohne Portefeuille den Vorsitz im Kabinett führen. Wurm soll das Reichsernährungsamt behalten.

Weimar im Zeichen der Nationalversammlung.

Weimar, 4. Februar. (Drahtnachricht). Mit dem um zwei Stunden verspäteten Parlamentszug sind die Staatssekretäre Graf Brockdorff-Rantzau, Erzberger u. Schiffer und viele Abgeordnete hier eingetroffen. Die Fraktionen halten bereits Vorbesprechungen ab. Eichhorn ist wegen Unauffindbarkeit von der Liste der Abgeordneten gestrichen und durch den nächst Berechtigten der betreffenden Kandidatenliste ersetzt. Dem Vernehmen nach hat sich eine größere Anzahl Vertreter aus Elsaß-Lothringen gemeldet, über deren Zulassung zu entscheiden sein wird. Die erste Sitzung am Donnerstag beginnt um 3 Uhr nachmittags. Sie wird durch eine Ansprache Eberts eingeleitet werden, darauf folgt die Uebernahme des Alterspräsidiums voraussichtlich durch Pfannkuch, sodann die Verlesung der Namenlisten, hierauf die Vertagung. Morgen dürfte die Reichsregierung bereits mit dem Aeltestenrat Fühlung nehmen.

Berlin, 4. Februar. (Drahtnachricht). Den in Gotha stationierten Truppen ist die Mitbeteiligung an der Sicherung der Nationalversammlung zugebilligt worden.

Einzug der Regierungstruppen in Bremen.

Bremen, 4. Feberuar. (Drahtnachricht). Wie Boesmanns Büro mitteilt, zogen 6 Uhr abends Regierungstruppen nach hartem Kampf in Bremen ein, besetzten den Marktplatz, das Rathaus und die Börse. Die Arbeiter ziehen sich auf Groepelingen zurück.

Bremen, 4. Februar. (Drahtnachricht). Boesemanns Büro meldet weiter: Nach einer Waffenstillstandspause von etwa 1½ Stunde lebte der Kampf gegen 5 Uhr wieder auf. Schwerer Kanonendonner setzte von neuem ein, und ein unausgesetztes Maschinengewehrfeuer kündigte die Fortdauer der Straßenkämpfe an. Inzwischen entfaltete das Rote Kreuz eine lebhafte Tätigkeit. Um 6 Uhr erreichte als erste von den Regierungstruppen das Bremer Freiwilligen-Korps unter lautem Jubel der Bevölkerung den Marktplatz und nahm vom Rathaus Besitz. Dann erfolgte der Einzug der Geschütze, Maschinengewehre und Panzerwagen, die auf dem Marktplatz auffuhren. Kurz darauf wurde ein Aufruf einer neuen, vorläufigen, von 5 Mitgliedern der Mehrheitspartei gebildeten Regierung verbreitet, in dem es u. a. heißt: Getragen von dem Willen des Volkes, erklärt im Auftrage der Reichsregierung die von ihr eingesetzte vorläufige Regierung den Rat der Volksbeauftragten und den Vollzugsrat für abgesetzt, die Volkskommissariate und den Arbeiterrat für aufgehoben. Die vorläufige Regierung wird unverzüglich nach demokratischen Grundsätzen eine verfassunggebende bremische Nationalversammlung berufen. Diese allein wird über Bremens Zukunft entscheiden. Sie wird einer Regierung, die die Vollstreckerin des Volkswillens ist, einsetzen und die Verwaltung neu ordnen. Freiheit der Presse, Freiheit der Person, Sicherheit des Eigentums werden gewährleistet. Ungehemmt soll Bremens wirtschaftliches Leben sich wieder entfalten können.

Bromberger Tagesbericht.

Bromberg, 5. Februar. (Drahtnachricht). Amtlich. Die Truppen, die den Vorstoß auf Netzwalde und Schubin unternommen hatten, wurden in den Nächten vom 3. zum 4. und vom 4. zum 5. zurückgenommen.

Vor dem Regierungswechsel in Weimar.

Herr Ebert wird die Verhandlungen der Nationalversammlung am 6. Februar mit einer Ansprache eröffnen. Alsdann wird Herr Scheidemann das mühselige Werk des Rechenschaftsberichts zu erledigen haben. Das alles geschieht zwischen Tür und Angel, denn die Nationalversammlung wird nicht umhin können, zunächst wirklich eine Regierung zu bilden. Was seit dem 9. November die Geschicke der Republik zunächst als „Rat der Volksbeauftragten", dann als „Reichsregierung" leitete, hat anfangs aus Zwiespältigkeit des Willens, später aus Lauheit und Sorge versagt. In den drei Monaten ist es nicht gelungen, den Kern einer festen Regierungsgewalt zu schaffen. Und dabei konnten sich die Volksbeauftragten auf die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes stützen. Trotzdem sind wir aus den Nervenkrisen und Angstzuständen nicht herausgekommen. Bei den Nationalwahlen haben bürgerliche und mehrheitssozialistische Wähler bekundet, daß Ordnung, Freiheit und Recht nicht zerstört, vielmehr mit allen Mitteln verteidigt werden müssen. Weil es aber den Radikalen und Unentwegten gefällt, die Gassen mit Lärm und Drohungen zu erfüllen, deshalb wagt die Regierung nicht, die Ordnung unter allen Umständen wieder herzustellen. Dabei ist diese Ordnung für das sozialistische Programm der Regierung viel wichtiger als für alle anderen Dinge. Sozialisieren läßt sich nur die technisch hochentwickelte Wirtschaft. Aber die Regierung läßt geschehen, daß diese Wirtschaft von Grund aus durch kommunistische Torheiten zerstört wird. Nicht weniger verhängnisvoll ist, daß spartakistische Minderheiten wichtige Nervenzentren des deutschen Wirtschaftslebens lahmlegen dürfen. Zwar hat die Regierung wiederholt erklärt, daß sie kräftig eingreifen werde. An Mitteln daran fehlt es nicht, denn regierungstreue Truppen wachsen in starken Verbänden überall aus der Erde. Aber in Bremen blieb es anfangs bei der Ankündigung des Durchgreifens. In keinem Staat der Erde wird geduldet, daß sich bestimmte Berufsgruppen nach Gefallen bewaffnen dürfen, um eine anarchische Schreckensherrschaft aufzurichten, oder um der Drohung Nachdruck zu verleihen, die Regierung bei der ersten Gelegenheit davonzujagen.

Die Regierung durfte in Bremen nicht verhandeln, nachdem ihre berechtigten Forderungen von den Radikalinskis abgelehnt worden waren. Es war die Frage, ob das kommunistische Tollhaus in Bremen wichtiger sei als die Sicherung des deutschen Volkes mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Bremen soll als bevorzugter Einfuhrhafen dienen, woraus schon folgt, daß es nicht in Händen von Kommunisten sein darf, die durch Verhinderung des Schiffsverkehrs auf ganz Deutschland einen unerhörten Druck auszuüben vermögen. Die spartakistische Herrschaft in Bremen, die nun endlich erschüttert zu sein scheint, war eine grobe Verletzung der demokratischen Grundsätze, sowie des gesamten Rechts- und Verfassungslebens. Wir stehen nicht mehr in der Revolution, die jeden Tag neue Gewalten gebären kann. Wir haben, oder wir sollten vielmehr eine starke Regierung haben, die verpflichtet ist, dem Gesetz mit allen Mitteln Nachdruck zu verschaffen. Wie immer die Dinge in Bremen schließlich noch ausgehen: sie bilden einen traurigen Auftakt zu den Weimarer Verhandlungen. Gerade so wie der Putsch in Erfurt, der ebenso auf die gemeinsame Wurzel alles Uebels der revolutionären Uebergangszeit zurückgeht: die Schwäche der Berliner Regierung. Braunschweig und Düsseldorf zeugen auch dafür, daß so unbedingt nicht mehr weiter regiert werden kann und darf. Alle papiernen Erlasse der Regierung, auch der neueste gegen die Spartakus-Umtriebe, haben keinen Wert. Die Regierung muß doch erkannt haben, daß sie und die Demokratie, als deren Beauftragte sie zu handeln hat, mit Gewalt gestürzt werden sollen. Wenn sie der Gewalt mit Verhandeln und Erlassen begegnet, dann ist die Siegeszuversicht der Kommunisten nicht ohne Berechtigung. Am 3. Februar ist die „Rote Fahne" wieder in Berlin erschienen. Sie ruft der Regierung das Trutzwort zu: „Trotz alledem!"

Die demokratische Mehrheit der Nationalversammlung hat die Pflicht, unverzüglich eine willensstarke Regierung zu bilden. Wenn das deutsche Volk noch länger im Nebel hin- und hergezerrt wird, wenn aus Lauheit und Schwäche gesündigt wird, dann sind die Schäden neuer Umwälzungen nicht mehr zu heilen. Die Mehrheitsverhältnisse in der Nationalversammlung liegen klar. Allein vermag die Sozialdemokratie keine Regierung zu stellen. Sie muß die deutsche demokratische Partei in den Regierungsblock hereinnehmen, wobei noch unsicher ist, wie das Zentrum sich künftig taktisch verhält. Indessen ist parteipolitische Taktik nicht das, was wir jetzt brauchen, sondern nur Wille Tatkraft und Zielsicherheit. Die Mehrheit des deutschen Volkes wird sich keine Klassen-Diktatur aufzwingen lassen, wie keine andere gesetzgebende Versammlung dulden und anerkennen, als die Nationalversammlung in Weimar. Der Wechsel in der Reichsregierung muß das schon zum Ausdruck bringen. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren!

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 4. Februar. (Drahtnachricht). Die Alliierten teilten mit, daß sie bemüht seien, die deutschen Truppen aus der Ukraine auf dem Seewege abzubefördern. Man werde auch die im Kaukasus weilenden reisefähigen Deutschen heimbefördern. Auf eine Anfrage des Vertreters der deutschen Regierung entgegnete der französische Vorsitzende, soweit er unterrichtet sei, werde beim Abtransport der Deutschen aus Haidar-Pascha kein Unterschied zwischen Soldaten und Zivilisten gemacht, sodaß also der Abtransport von Zivilinternierten und Militär wahrscheinlich sei. Die alliierten Mächte kündigten in einer Note die Entsendung einer alliierten Kommission nach Polen an zur Beilegung der dortigen Unruhen. Der stellvertretende deutsche Vorsitzende stellte fest, daß innerhalb der deutschen Grenze die deutsche Regierung unzweifelhaft das Recht und auch die Pflicht habe, für Ordnung zu sorgen und die Untertanen zu schützen. Die augenblickliche Lage fordere von Deutschland ein schnelles Eingreifen in den deutschen Ostprovinzen.

General Noulens erwiderte, die genaueren Weisungen bezüglich der Ostfragen würden der deutschen Regierung noch zugehen. Auf seine Bitten hin erklärte sich die deutsche Kommission bereit, die Ausführungen ihres Vorsitzenden schriftlich noch genauer zu formulieren. Auf die Beschwerde über die langsame Heimbeförderung der in der Schweiz internierten deutschen Kriegsgefangenen teilte die französische Kommission mit, daß sie die Auslieferungsverträge genau befolgen würde. Da jedoch die Schweizer Aerzte bei der Untersuchung der Gefangenen sehr weitherzig vorgehen, so lasse die französische Regierung durch einen besonders dazu berufenen Arzt Nachforschungen vornehmen, wozu sie berechtigt sei. Die französische Forderung, die in Rußland weilenden Elsaß-Lothringer schneller als die übrigen deutschen Soldaten heimzubefördern, wurde deutscherseits abgelehnt.

Der Verband setzte die deutsche Delegation von seinem Beschluß in Kenntnis, am 6. Februar in Spaa über die Mitwirkung der deutschen Handelsflotte an der Weltschiffahrtsgemeinschaft und über Deutschlands Versorgung mit Lebensmitteln unter Beteiligung besonderer Sachverständiger verhandeln zu lassen. Die deutsche Regierung wird ersucht anzugeben, welche Mengen von Holz, chemischen Erzeugnissen und Kohlenteer Deutschland zum Ausgleich der gelieferten Lebensmittel ausführen könnte. Der Vertreter der deutschen Regierung in Spaa legte in einer Note die Bedingungen dar, unter denen die alliierten Lebensmitteltransporte für Polen von Danzig ausgeführt werden können. — Als Antwort auf den deutschen Protest gegen die unwürdige Behandlung deutscher Frauen durch die alliierten Besatzungstruppen beim Ueberschreiten der Grenze verlas der französische Vorsitzende ein Schreiben des französischen Gouverneurs in Straßburg. Der Gouverneur teilt darin mit, er habe selbst zahlreichen Untersuchungen beigewohnt, jedoch festgestellt, daß die Leibesuntersuchungen mit dem nötigen Anstand durchgeführt wurden. Im Auftrage der deutschen Regierung richtete die deutsche Delegation an die Gegner die dringende Bitte, zur Versorgung Südbadens und zum Warenaustausch zwischen Kehl und dem Hinterland den Verkehr mit dem Kohlenhafen nicht zu unterbinden. — Die deutsche Delegation ersuchte die Alliierten ferner, durch Freigabe von Schiefer, Schmieröl und Caolin zur Ausfuhr aus dem linksrheinischen Gebiet, um den Betrieb verschiedener rechtsrheinischer Unternehmungen aufrecht erhalten zu können. — Das Oberkommando der Alliierten wies in einer Note darauf hin, daß die bis zum 3. Januar nicht angezeigten Vorräte und die in der neutralen Zone gegen die Anordnung der Alliierten zurückgelassenen deutschen Warenbestände der Gefahr der Beschlagnahme ausgesetzt seien.

Erzberger in Weimar.

Berlin, 4. Februar. (Drahtnachricht). Staatssekretär Erzberger ist heute früh nach Weimar abgereist. Er führt dort neben der Ausübung seines Abgeordnetenmandats die Geschäfte des Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission weiter. In Berlin wird er vertreten durch Kapitän zur See von Vanselow. Die Leitung des Büros der Waffenstillstandskommission führt Ministerialdirektor von Stockhammern. Die Auskunftsabteilung der Waffenstillstandskommission und der Pressedienst erfolgen während der Anwesenheit des Staatssekretärs Erzberger nach wie vor nur von Berlin aus.

Von der internationalen Sozialistenkonferenz in Bern.

Bern, 4. Februar. (Drahtnachricht). Am Schluß der heutigen Vormittagssitzung der internationalen sozialistischen Konferenz erklärte der Vorsitzende Branting, es sei wünschenswert, wenn die Aussprache über die Verantwortlichkeit heute noch beendet würde, da dadurch sicher eine Reihe von Mißverständnissen beseitigt würde. Es sei zu hoffen, daß die versammelten Vertreter der Sozialdemokratie nicht als Feinde, sondern als international vereinigte Brüder Bern verlassen würden. Kautzky gab demselben Wunsche Ausdruck und hoffte, daß auch die deutsche Sozialdemokratie sich wieder vereinigen werde. Er erklärte ferner, daß Deutschland, welches keine Rohstoffe und keine Lebensmittel besitze, in erster Linie der Gefahr des Bolschewismus und der Gegenrevolution preisgegeben sei. Er sprach die Hoffnung aus, daß der Berner Kongreß auch auf die Friedenskonferenz einwirken könne, denn für den Frieden des Sozialismus zu kämpfen, sei die Hauptaufgabe der Internationale.

Darauf sprach als erster englischer Vertreter Stuart Bumming, dessen Ausführungen verschiedentlich lebhaften Beifall fanden. Er erklärte, die englischen Delegierten hielten den Zeitpunkt nicht für geeignet, die Schuldfrage zu erörtern. Eine Fortsetzung des Streites gefährde die eigentliche Aufgabe des Kongresses, nämlich den Wiederaufbau der Internationale. Die englischen Delegierten richteten deshalb an Thomas den Appell, den Krieg der Regierungen nicht in einen Krieg der Völker zu verwandeln. Das Ziel der Konferenz bestehe darin, den Gang der gegenwärtigen Verhandlungen in Paris zu beeinflussen, wo der Völkerbund vorbereitet werde. Wird dieses Ziel in Bern nicht erreicht, dann fällt der Völkerbund und damit auch die internationale Arbeitergesetzgebung. Der Appell an Thomas gelte gleichzeitig auch den deutschen Mehrheitssozialisten. Sodann wies Grumbach darauf hin, daß nach seiner Ansicht alle Franzosen die Reden Eisners und Kautzkys als Grundlage zum Wiederaufbau der Internationale ansehen. Der Redner verurteilte scharf die auf dem Pariser Kongreß zu Tage getretene imperialistische Tendenz und erklärte unter Beifall, daß jeder Deutschland aufgezwungene Frieden, der der Revolution nicht Rechnung trage, das linke Rheinufer annektiere u. Deutschland zerstückele, ein nichtiger Fetzen Papier sein werde. Um aber die Aufgaben der Berner Konferenz gegenüber Paris zu erleichtern sollten die Mehrheitssozialisten eine entscheidende Erklärung zur Schuldfrage abgeben.

Bern, 4. Februar. (Drahtnachricht). Die Konferenz wurde heute vormittag um 9.30 Uhr fortgesetzt. Huysmann teilte mit, daß neue Delegierte aus Spanien und Oesterreich eingetroffen seien, sodaß heute insgesamt 25 Länder durch 88 Delegierte vertreten sind. Der bayrische Ministerpräsident Eisner erklärte, daß aus der ersten Zusammenkunft der Internationale der Anfang eines Völkerbundes hervorgehen müßte. Eisner stimmte Thomas zu, daß völlige Klarheit und Wahrheit zwischen den Ge-

nossen untereinander herrschen müssen. Er verbreitete sich sodann über den Charakter der deutschen Revolution und stellte fest, daß diese Revolution die Massen auf das Tiefste umgewandelt habe und polemisierte in längeren Ausführungen gegen die Darlegungen von Wels.

Aus dem Berliner Zentralrat.

Berlin, 4. Februar. (Drahtnachricht). In den Sitzungen vom 1. und 3. 2. beschloß der Zentralrat die Annahme einer Vorlage, betreffend Uebertragung von Befugnissen, die vorher dem deutschen Kaiser und König von Preußen zustand, an die betreffenden anderen Stellen.

Auch dem Vorschlag des Demobilmachungsamtes, Gewerkschaftsfunktionäre in den größeren Städten zur Untersuchung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse und Ueberführung von Arbeitern in andere Berufe anzustellen, wurde zugestimmt.

Eine Verordnung über wirtschaftliche Maßnahmen auf dem Textilgebiet wurde ebenfalls verabschiedet.

Außerdem wurde eine große Menge von Eingaben erledigt und die wirtschaftliche Lage besprochen.

Sicherung Berlins gegen neue Spartakusputsche.

Das Wolffsche Telegraphen-Büro teilt mit: In der Presse sind mehrfache Befürchtungen bezüglich neuer kommunistischer Putsche geäußert worden. Es ist bekannt, daß zahlreiche Agenten des russischen Bolschewismus in Berlin weilen. Weite Kreise der Berliner Bevölkerung sind schwer beunruhigt.

Uns wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß trotz der Detachierungen nach Bremen und Weimar starke, zuverlässige Regierungstruppen in und dicht um Berlin bereit stehen. Diese Truppen sind auf erneute Putsche gefaßt. Sie werden Berlin nach wohlvorbereitetem Plane besetzen, sobald dies nötig erscheint. Sollte erneut die Ruhe und Ordnung gestört und bewaffneter Widerstand in Berlin geleistet werden, so werden die Truppen rücksichtslos durchgreifen und Ruhe und Ordnung mit Waffengewalt sichern. Die Regierung wird voraussichtlich, wenn es nötig ist, den Belagerungszustand verhängen. Die Verantwortung für Blutvergießen fällt dann lediglich denen zu, die gegen Gesetz und Recht in verbrecherischer Weise Putsche veranstalten und Unruhen hervorrufen.

Deutsche Lebensmittelschiffe ausgelaufen.

Königsberg i. Pr., 3. Februar. Mehrere Dampfer der „Wörmann-Linie“ von je 8000 Tonnen Raumgehalt, die bisher im hiesigen Hafen lagen, sind gestern ausgelaufen, um Lebensmittel für Deutschland abzuholen. Die Dampfer begeben sich zuerst nach England, wo sie weitere Weisung erhalten sollen.

Englische Kreuzer auf der Elbe.

Hamburg, 3. Februar. Vier englische und amerikanische Kreuzer und Zerstörer sind am Sonntag in die Elbe eingelaufen und sind auf der Fahrt nach Hamburg. Sie kommen, wie es heißt, zur „Kontrolle über die abzuliefernden Lebensmittelschiffe“. Heute vormittag trafen bereits der amerikanische Kreuzer „Danae“ und der englische Zerstörer „F. 82 Trucolent“ im Hamburger Hafen ein.

Die Uebergabeverhandlungen in Bremen.

Bremen, 3. Februar. (W. T. B.) Folgende Resolution wurde vom Rat der Volksbeauftragten sowie den Vertretern der Hamburger und Bremerhavener Truppen einstimmig angenommen:

1. Rücktritt der jetzigen bremischen Regierung und Bildung einer neuen Regierung, die paritätisch zusammengesetzt ist unter Mitwirkung aller sozialistischen Parteien nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen zur Wahl der Arbeiter- und Soldatenrates.

2. Die bewaffneten Arbeiter erklären sich bereit, die Waffen abzugeben an die einrückenden Hamburger und Bremerhavener Truppen, die alsdann die Sicherung Bremens übernehmen und den Sicherheitsdienst organisieren.

3. Die Division Gerstenberg verpflichtet sich, in den jetzigen Stellungen zu verbleiben und den Einmarsch der Hamburger und Bremerhavener Truppen nicht zu behindern. Nach dem Einmarsch dieser Truppen rückt die Division Gerstenberg ab.

In der Vollsitzung des A.- und S.-Rates wurde die obige Resolution einstimmig angenommen. Der Rat der Volksbeauftragten sandte hierüber ein Telegramm an die Berliner Regierung und sprach dabei die Erwartung aus, daß zunächst die Einstellung der gegen Bremen gerichteten Aktion und die sofortige Zurückziehung der Division Gerstenberg erfolgt.

Der Einmarsch in Bremen.

Bern, 4. Februar. (Drahtnachricht). Nachdem Bremen die am Sonntag mit der Reichsregierung getroffenen Abmachungen nicht innegehalten hat, es andererseits aber erforderlich war, die Absichten der zuständigen Stellen zu erreichen, ist der Division Gerstenberg der Einmarsch befohlen worden. Bis auf weiteres darf man hoffen, daß das Nötige ohne erhebliche Opfer erreicht wird.

Besserung der Lage in Oberschlesien.

Aus Beuthen wird dem Berliner „Lokal-Anzeiger“ berichtet, daß eine bedeutende Besserung bei Beginn dieser Woche in der Streiklage Oberschlesiens eingetreten ist. Vollständig im Betrieb sind neun Gruben, sieben streiken noch.

Arbeitsunwillige.

Berlin, 4. Februar. Wie dem Berliner „Lokal-Anzeiger“ aus dem Haag gemeldet wird, sind in Aachen 4000 Stellen in den Bergwerksbetrieben zu besetzen, die Arbeiter lehnen es aber ab, dort zu arbeiten, weil sie keine Neigung dazu haben. Der französische Kommandant hat deshalb bekannt gegeben, daß jeder Arbeitslose eine ihm angebotene Stelle annehmen muß.

Gegen das frühere Mitglied des Vollzugsrates Stroebel

ist laut Berliner „Lokal-Anzeiger“ von dem Kriegswucheramt Anklage erhoben worden. Strobel soll die Leitung eines großen Berliner Hotels vor einer bevorstehenden Haussuchung gewarnt und so verhindert haben, daß die aufgespeicherten Lebensmittel erfaßt werden konnten.

Die frühere Königin von Bayern †.

München, 3. Februar. Die frühere Königin Marie Therese von Bayern ist heute Abend 6,45 Uhr auf Schloß Wildenwart sanft verschieden.

Polnischer Vertrag mit den Tschecho-Slowaken.

Paris, 4. Februar (Drahtnachricht). Havas. Zwischen den Polen und den Tschecho-Slowaken ist ein vorläufiger Vertrag, der sich auf das Fürstentum Teschen bezieht, abgeschlossen worden. Er bestimmt die Grenze der Gebiete, die jedes Land besetzen wird. Die Tschechen werden die Versorgung der Polen mit Waffen und Munition erleichtern und die polnischen Gefangenen in Freiheit setzen.

Beschäftigungslose Textilarbeiter in Amerika.

Albany, 3. Februar. (Drahtnachricht). Reuter. In dem Staate Newyork sind ungefähr 5000 Textilarbeiter beschäftigungslos. In angeschlagenen Kundgebungen wird den Arbeitern mitgeteilt, daß die Betriebsanlagen wegen fehlender Aufträge und mangelnder Arbeit geschlossen worden seien. Die Arbeiterführer erklären jedoch, die Betriebseinstellung sei in Wirklichkeit eine Aussperrung, weil die Arbeiter die 48stündge Arbeitswoche verlangen.

Forderung der 40stündigen Arbeitswoche in England.

London, 3. Februar. (Drahtnachricht). Reuter. Auf der in London abgehaltenen Versammlung der Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter wurde beschlossen, bis Donnerstag die Arbeit niederzulegen, wenn nicht die 40stündige Arbeitswoche gesetzlich eingeführt wird.

Aus Stadt und Land.

Thorn, 5. Februar 1919.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Die Lage des Arbeitsmarktes verschlechtert sich durch die Wirkungen der Transport-, Kohlen- und Rohstoffnot andauernd. Die Verteuerung der Produktion, hervorgerufen durch die hohen Lohnforderungen, hat ein Nachlassen der Aufträge zur Folge.

An eine Verbesserung der Verhältnisse ist bei der Abneigung der städtischen Arbeitslosen gegen jede Arbeit im Freien, und da ein Bedarf an Arbeitskräften nur in der Landwirtschaft und im Kohlenbergbau vorliegt, nicht zu denken:

Folgende Zahlen mögen das Verhältnis von Angebot und Nachfrage in der Landwirtschaft verdeutlichen:

Provinz Brandenburg: Offene Stellen am 25. 1. 19 1207, Angebot von Arbeitsuchenden 248; Provinz Westfalen: Offene Stellen am 25. 1. 19 622, Angebot von Arbeitsuchenden 364; Provinz Pommern: Offene Stellen am 25. 1. 19 854, Angebot von Arbeitsuchenden 205.

Diese Arbeitsuchenden setzten sich zudem in der Mehrzahl aus Güterbeamten und Eleven zusammen.

Im Kohlenbergbau stehen offene Stellen mit der Nachfrage in gar keinem Verhältnis. In Westfalen fehlen noch 8000 Arbeiter, im Rheinland und in der Braunkohlenindustrie ist diese Zahl noch größer; andererseits konnten von den märkischen Arbeitsnachweisen ganze 60 Arbeiter dorthin vermittelt werden!

Der weibliche Arbeitsmarkt hat sich durch die großen Entlassungen ebenfalls verschlechtert. Auch hier findet sich Arbeitsgelegenheit von größerer Bedeutung nur in der Land- und Hauswirtschaft.

— **Lehrerprüfung am evangelischen Seminar.** Unter dem Vorsitz des Herrn Seminardirektors John fand am hiesigen evangelischen Lehrerseminar die erste Lehrerprüfung statt. Es bestanden alle Bewerber: Fritz Batz, Thorn; Rudolf Boldt, Laskowitz, Westpr.; Alfred Mellentin, Thorn.

— **Postverkehr der Angehörigen der mobilen Grenzschutztruppen.** Vom 1. Februar ab, dem Tage des Außerkrafttretens der Feldpost-Portovergünstigungen aus Anlaß der Demobilmachung, genießen im Inlande nur noch die Angehörigen der mobilen Grenzschutztruppen besondere Portovergünstigungen, soweit ihr Postverkehr durch Vermittelung von Feldpostanstalten abgewickelt wird. Im Verkehr mit diesen Grenzschutztruppen werden befördert: In Privatangelegenheiten der Angehörigen: gewöhnliche Briefe (einschl. Zeitungen) bis 275 Gramm und zwar bis zu 50 Gr. portofrei, über 50 Gr.: gegen 10 Pfg. Porto, Postkarten: portofrei, Postanweisungen bis zu 800 Mark: von den Truppen: portofrei, an die Truppen: bis 100 Mk. einschl. 10 Pfg., bis 200 Mk. einschl. 20 Pfg., bis 300 Mk. einschl. 30 Pfg., bis 400 Mk. einschl. 40 Pfg., bis 600 Mark einschl. 50 Pfg., bis 800 Mk. einschl. 60 Pfg. Porto, Zeitungen gegen Zeitungsgeld und Umschlagsgebühr. Die Aufschrift der Sendungen an die Angehörigen der Grenzschutzwachen hat außer der Feldadresse (Name, Dienststellung, Truppenteil) den Vermerk „Feldpostbrief“, sowie den Zusatz „Grenzschutz“ und die Feldpostnummer in der Form „Deutsche Feldpost Nr. . . .“ zu enthalten. Nach denselben Grundsätzen haben sich die Heeresangehörigen auf den von ihen ausgehenden Sendungen deutlich als Absender zu bezeichnen, z. B. Absender Jäger A. Meyer, Jäger-Batl. 3, 2. Komp., Grenzschutz, Deutsche Feldpost Nr. 857. Vorläufig kommen nur die Feldpostanstalten Nr. 857, 875 und 967 in Betracht; die weiteren Nummern werden noch veröffentlicht werden. Für die Angehörigen der in Kurland und Litauen verbliebenen freiwilligen Formationen sind Postsendungen künftig in demselben Umfange wie für die Grenzschutztruppen zugelassen, also auch gewöhnliche Briefe bis 275 Gramm (einschl. Uebergewicht). Für die Truppen in der Ukraine tritt eine Aenderung nicht ein.

— **Der evangelische Bund gegen die Hungerblockade.** Der evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen hat am 1. Februar folgenden Funkspruch an die Christlichgesinnten aller Länder ausgehen lassen: Nach fast vierteljähriger Waffenruhe werden die deutschen Gefangenen noch immer zurückbehalten und bleiben die deutschen Grenzen noch immer blockiert. Die durch keine Kriegsnotwendigkeit mehr gebotene Zurückbehaltung der Gefangenen und Aufrechterhaltung der Hungerblockade bringt unsagbares Elend über das deutsche Volk, das im Vertrauen auf einen gerechten Frieden die Waffen niedergelegt hat. Hunderttausende Gefangene und deren unglückliche Angehörige verzehren sich in unendlicher Sorge und Sehnsucht. 800 000 Männer, Frauen und besonders Kinder sind schon der Hungerblockade zum Opfer gefallen und noch sterben täglich durch Unterernährung 800 Personen. Die Kindersterblichkeit ist um das Mehrfache, bei den Zehn- und Vierzehnjährigen um das Vierfache gestiegen. Die Aufrechterhaltung der verschärften Hungerblockade ist täglicher Kindermord. Die Christlichgesinnten aller Länder, auch der Völker, mit denen Deutschland im Kampfe stand, scheinen diese grausamen Tatsachen nicht zu kennen. Deshalb wendet sich der evangelische Bund, eine der größten Organisationen des evangelischen Deutschlands, an die Christlichgesinnten aller Völker und fragt insbesondere die evangelischen Glaubensgenossen, ob sie die in der Weltgeschichte beispiellose Härte wider das Mutterland der Reformation in ihrem Gewissen verantworten können. Noch mehr als der entsetzliche Krieg selbst muß dieses grausame Verhalten das christliche Ansehen schädigen, den Neuaufbau christlicher Gemeinschaft hindern, die sittlichen Begriffe verwirren und zu einer furchtbaren Gefahr für alle Länder der Erde werden. Der evangelische Bund ruft darum alle Christlichgesinnten auf, zum Heile der Menschheit einzutreten für baldigen Friedensschluß, sofortige Aufhebung der Hungerblockade und Rückgabe der deutschen Gefangenen.

— **Liquidationen und Sequestrationen deutscher Firmen in Feindesland.** Der im Julni d. Js. zur Wahrung der beteiligten deutschen Interessen gebildete „Ausschuß für Liquidationen und Sequestrationen deutscher Firmen in Feindesland“, dessen Leitung Herr Ministerialdirektor a. D. Wirklicher Geheimer Rat F. Lusensky, Berlin, übernommen hat, hat jetzt für jedes der in Betracht kommenden Länder besondere kaufmännische und juristische Spezialsachverständige aus seiner Mitte bestellt und bei der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes beantragt, dieselben für alle sich bei den Friedensverhandlungen etwa als erwünscht ergebenden Rückfragen vorzumerken, sowie im voraus eine gemeinsame Aussprache mit ihnen über die deutscherseits einzunehmende Haltung zu veranstalten. — Dem Antrage wird gutem Vernehmen nach stattgegeben werden. Gleichzeitig hat der Ausschuß dem Auswärtigen Amt in einer Eingabe folgende Erwägungen unterbreitet: „Nach Aeußerungen, welche wir schriftlich wie mündlich von den verschiedensten Seiten aus dem Kreise der im Ausland sequestrierten und liquidierten Firmen erhalten haben, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sich, sobald der Stand der Friedensverhandlungen die Ausreise in die feindlichen Länder ermöglicht, ein großer Teil der sich für geschädigt haltenden Reichsdeutschen unverzüglich persönlich an den Sitz ihrer sequestrierten bezw. liquidierten Firma begeben wird, um sich dort aus eigener Anschauung über den Stand der Dinge zu unterrichten, von den Zwangsverwaltern oder sonst zuständigen Stellen persönlich Rechenschaftsbericht zu verlangen und evtl. mit ihnen über die Wiederaufrichtung der Firma und sonstigen Einzelinteressen zu verhandeln. . . . Es ist aber wohl mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Zwangsverhalter oder sonstigen zuständigen Amtspersonen es regelmäßig ablehnen werden, ihre Berichterstattung in dieser unoffiziellen Form vorzunehmen. So werden sich vielfach Auseinandersetzungen ergeben, die zu neuer Erbitterung führen und die Wiederherstellung des geschäftlichen Verkehrs nur ungünstig beeinflussen werden. Deshalb erscheint uns rätlicher eine Vereinbarung, wonach die Zwangsverwalter und Liquidatoren feindlicher Unternehmungen über den Verlauf und das Ergebnis der Sequestrationen und Liquidationen an ihre Regierung einen amtlichen Bericht zu erstatten haben, diese Berichte von Regierung zu Regierung mit tunlichster Beschleunigung ausgetauscht und von jeder Regierung ihren von den Kriegsmaßnahmen betroffenen Staatsangehörigen übermittelt werden. Wenn dieser Weg beschritten werden sollte, dürfte es möglich sein, die von feindlichen Zwangsmaßregeln der erwähnten Art betroffenen heimischen Kreise davon zu überzeugen, daß ein erfolgreiches Vorgehen ihrerseits in feindlichen Staaten nicht früher in Frage kommen kann, als ihnen die zu oerwartenden Rechenschaftsberichte der feindlichen Sequester und Liquidatoren vorliegen. In welcher Weise und in welchem Umfange später gegen die in den Rechenschaftsberichten klargelegten Maßnahmen Rechtsbehelfe zur Verfügung abhängen. Wir erachten es dabei für selbstverständlich, daß, wenn solche Möglichkeit gegeben werden sollte, den betroffenen Kreisen unbenommen sein muß, ihr Interesse durch Vertrauensleute und juristische Sachwalter, sowohl der eigenen als der feindlichen Nationalität oder auch von einem neutralen Staate wahrnehmen zu lassen. Sollten in dieser Hinsicht irgendwie Zweifel obwalten, so würde diese Möglichkeit im Friedensvertrage ausdrücklich vorzusehen sein. Schließlich geben ir auftragsgemäß nochmals zu geneigter Erwägung, ob nicht durch obligatorische Anmeldung und kaumännische Nachprüfung aller aus Sequestrationen und Liquidation in Feindesland entspringenden deutschen Schadenersatzansprüche diejenigen wirklich zuverlässigen Unterlagen zu schaffen sein möchten, deren nach Ansicht unseres Ausschusses die Reichsregierung unbedingt bedarf, wenn sie bei der Abrechnung mit den feindlichen Regierungen sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, daß ihre Schätzungen auf unzuverlässigem und zweifelhaftem Material beruhen und daher nicht als einwandfrei erachtet und behandelt werden könnten.“

— **Polnischer Hohn über Hindenburg.** Zu der Nachricht, daß der Generalfeldmarschall v. Hindenburg den Oberbefehl über den Grenzschutz im Osten übernehmen wird, sagt die „Gazeta Ludowa“ vom 25. Januar: „Die Deutschen setzen große Hoffnung auf Hindenburg, ebenso wie sie seinerzeit Hoffnungen gehegt hatten, als Hindenburg sich gegen die Koalition wandte.“ Das Blatt fährt dann wörtlich fort: „Und was geschah mit Hindenburg? Er bekam solche Prügel, daß ihm die Lust, Krieg zu führen, verging. Er soll angeblich schon die Absicht gehabt haben, ins Kloster zu gehen (!). Jetzt soll dieser fast Mönch gewordene Hindenburg alles auf den Kopf stellen, was die Polen dank ihrer Energie in der Provinz Posen erreicht haben. Polen sind nicht Russen, die in der letzten Zeit sogar ein Weib besiegen konnte, weil sie sich selbst ergaben.“

— **Der Belagerungszustand aufgehoben.** Der über unsere Stadt verhängte Belagerungszustand ist durch Verfügung der zuständigen Stellen mit dem heutigen Mittwoch wieder aufgehoben worden, jedoch sind Verordnungen erlassen, nach denen Zivilpersonen zum Betreten der Straßen in der Zeit zwischen 11½ Uhr abends und 5 Uhr morgens eines Erlaubnisscheines bedürfen. Die Gastwirtschaften sind um 11 Uhr abends zu schließen. Außerdem ist eine wesentliche Einschränkung der Tanzvergnügungen angeordnet.

— **Aus der Haft entlassen.** Wie berichtet, sind hier neun polnische Einwohner unter dem Verdachte des Hochverrates verhaftet worden. Sie sind mit Ausnahme des Unterzahlmeisters Rychlicki wieder auf freien Fuß gesetzt. Wie uns vonseiten der Verteidiger mitgeteilt wird, ist an das Reichsmilitärgericht eine Beschwerde wegen der Unzulässigkeit der Verhängung des Belagerungszustandes gerichtet worden, ebenso ist wegen der Gesetzwidrigkeit des Verfahrens der Beschwerdeweg beschritten worden, weil die Angeklagten nicht entsprechend dem Schutzhaftgesetz vom Dezember 1916 behandelt worden sind.

— **Wöchentliche Lohnzahlung bei der Eisenbahn.** Nach einem Erlasse des preußischen Eisenbahnministers soll den seit langer Zeit aus den Kreisen der Arbeiterschaft geäußerten Wünschen entsprechend an Stelle des bisherigen einmonatigen Löhnungszeitraumes der einwöchige treten, soweit nicht die Arbeiter selbst wünschen, daß die bisherigen Löhnungszeiträume beibehalten werden. Die wöchentliche Zahlungsweise beginnt für Werkstattsarbeiter am 25. Februar, für die übrigen Arbeiter mit dem 1. März.

— **Der Weiterbau des Masurischen Kanals** soll zum Frühjahr in Angriff genommen werden, nachdem er während des Krieges in der Hauptsache geruht hatte. Die Kosten für die jetzt noch auszuführenden Arbeiten waren auf 15 822 000 Mark veranschlagt, doch wird wahrscheinlich nun beinahe der doppelte Betrag erforderlich sein. Die Regierung hat sich entschlossen, den Kanal nach den ursprünglichen Plänen, d. h. also 7 Meter breit, 1,20 Meter tief, 27,5 Quadratmeter Wasserquerschnitt mit Schleusen von 7,5 Meter Breite, 45 Meter Länge und 2,54 Meter Tiefe, das ist für Kähne von 250 bis 300 Tonnen Tragfähigkeit, bauen zu lassen. Ein Vorentwurf für die Ausnützung der Wasserkräfte am Masurischen Kanal ist dem Minister der öffentlichen Arbeiten zur Verfügung vorgelegt. Die Prüfung des Entwurfs vom wirtschaftlichen Standpunkte hat, wie die „Hart. Ztg.“ erfährt, ein recht günstiges Ergebnis gezeitigt.

— **Die Gas- und Elektrizitätsversorgung gefährdet!** Wie uns von der Leitung des Elektrizitätswerkes mitgeteilt wird, sind nur mehr für vier Tage Kohlen zum Betrieb des Elektrizitätswerkes und für sieben Tage Kohlen zum Betriebe der Gasanstalt vorhanden. Leider zeigt sich vorläufig noch keine Möglichkeit, vor Ablauf dieser Galgenfrist die zur Neige gehenden Vorräte aufzufüllen. Die Ursache solcher, das gesamte Wirtschaftsleben gefährdender Erscheinungen ist in erster Linie in den unverantwortlichen Streiks der Bergarbeiter und in den durch die harten Waffenstillstandsbedingungen heraufbeschworenen Verkehrsschwierigkeiten zu suchen.

— **Der Militäranwärter-Verein** hielt am Sonnabend im Schützenhause seine Hauptversammlung ab. Der Besuch war infolge des bekanntgegebenen Belagerungszustandes schwach. Der stellv. 1. Vorstand Herr Kam. Krüger eröffnete um 8 Uhr die Sitzung und begrüßte die Erschienenen mit einer längeren Ansprache, die mit einem Hoch auf die Regierung schloß. Alsdann kam der Geschäfts- und Kassenbericht

für die Jahre 1916, 1917 und 1918 zur Verlesung. Die Kameraden Ziß und Cälow hatten die Kasse geprüft und beantragten Entlastung für den Kassierer, die auch einstimmig erfolgte. Den Hauptpunkt der Versammlung bildete die Vorstandswahl. Der bisherige 1. Vorstand Kamerad Krüger war amtsmüde und wollte den Vorsitz nicht länger behalten. Zum 1. Vorstand wurde der langjährige frühere Vorsitzer Kamerad Bohn einstimmig wiedergewählt, als Schriftführer Kamerad Laabs und als Kassenführer Kamerad Böttcher. Dem zurückgetretenen Vorstande wurde der Dank der Versammlung für seine aufopfernde Tätigkeit während der Kriegsdauer gezollt. Nach Schluß des geschäftlichen Teiles blieben die Kameraden noch längere Zeit beisammen. Die nächste Versammlung wird durch die Zeitung bekonnt gegeben.

Culmsee. Zur Beschaffung von Liebesgaben für die Truppen des Sturmtrupps Roßbach veranstaltet der deutsche Volksrat unter der deutschen Bevölkerung eine Geldsammlung. Bisher sind über 300 Mark eingegangen. — Die Beerdigung der bei der Besetzung der Stadt Culmsee durch den Grenzschutz gefallenen 5 Opfer fand dem „Boten für das Culmer Land" zufolge am Sonnabend früh in aller Ruhe statt. Für die Leidtragenden waren besondere Passierscheine ausgeteilt. An der kirchlichen Feier nahmen 200 und an dem Leichenbegängnis 60 Personen teil. — Waffenablieferung. Trotz allen Ermahnungen verschiedener Bürger in öffentlichen Versammlungen des Arbeiterrats, trotz der Festnahme von 10 Geiseln aus der Bürgerschaft der Stadt ist nur ein verschwindend geringer Teil der Waffen abgeliefert worden. Der Ortskommandant hat, den Bitten der Bevölkerung nachkommend, die straflose Ablieferung der Waffen um drei Tage verlängert, und zwar bis zum 5. Februar. Die Waffen können im Magistrat oder beim Arbeiterrat abgeliefert werden. — Bisher sind 10 Personen als Geiseln festgenommen und 5 unter Anklage des Aufruhrs verhaftet. Die Geiseln sind wegen Raummangels im hiesigen Amtsgerichtsgefängnis nach Graudenz übergeführt und dem dortigen Gouvernement übergeben worden. Die Untersuchungsgefangenen sind auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft zu Thorn z. Teil ebenfalls nach Graudenz gebracht. Der Kommandant Hauptmann v. Pabst gibt bekannt, daß die Kommandantur nicht früher Rücksicht üben wird, als bis die letzte Waffe abgeliefert ist. — Herr Bürgermeister Hartwich hat nach 32jähriger Tätigkeit seine Pensionierung zum 1. April d. Js. eingereicht.

Posen. Wahlergebnis zur preußischen Landesversammlung. In der Stadt Posen wurden insgesamt 28 191 Stimmen abgegeben, d. h. 3526 weniger als bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung. Im einzelnen erhielten die Deutschnationale Volkspartei 6751 (5836 am 19. Januar), die Christliche Volkspartei (Ztr.) 2145 (2305), die Deutsche Volkspartei 4780)5570), die Demokratische Partei 10 997 (13 446) und die Sozialdemokratische Partei 3518 (4560). — Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung. Das amtliche Wahlergebnis der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung vom 19. Januar ist folgendes: Abgegeben wurden 324 588 Stimmen. Davon entfallen auf die Deutschnationale Volkspartei 110 502 Stimmen, 5 Sitze, Deutsche demokratische Partei 72 266 Stimmen, 3 Sitze, Deutsche Volkspartei 54 883 Stimmen, 3 Sitze, Sozialdemokratische Partei 53 297 Stimmen, 2 Sitze, Christliche Volkspartei (Zentrum) 33 640 Stimmen, 1 Sitz.

Thorner Schöffengericht.

Thorn, 4. Februar.

Wegen Diebstahls und Betruges war der 23 Jahre alte Mechaniker Franz Wojciechowski angeklagt, der mehrfach wegen Diebstahls bestraft ist. Er hat sich längere Zeit bettelnd und stehlend umhergetrieben, bis er im April v. Js. verhaftet wurde. Unter anderm war der Angeklagte auf Güterzüge aufgesprungen, um von einem Orte nach dem andern zu gelangen. Das trug ihm die Anklage wegen Betruges ein. Das Gericht erachtete aber, daß der Angeklagte mit Benutzung der Güterzüge einen Betrug nicht verübt habe, da von einer Täuschung keine Rede sein könne. Wegen Diebstahls in zwei Fällen wurde er zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Der Gastwirt Rudolf Weinert aus Scharnau hatte sich wegen Beleidigung des Gendarmerie-Wachtmeisters Dobrindt aus Gr. Bösendorf zu verantworten. Der Gerichtshof erkannte mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigung auf 100 Mark Geldstrafe ersatzweise 20 Tage Gefängnis.

Wegen gewerbsmäßigen Schleichhandels war der Artist Boleslaus Gronowski aus Mlyniets angeklagt. Im Juni v. Js. wurde er auf einer Reise nach Berlin in einem Eisenbahnwagen mit einem Paket abgefaßt, in welchem 56 bis 59 Pfund Butter enthalten waren. Gronowski behauptete, er wollte die Butter seinen zahlreichen Verwandten in Berlin bringen, die ihm dafür seinen Einkaufspreis von 8,50 Mk. bis 9 Mk. für das Pfund neben Erstattung der Reisekosten zahlen sollten. Die Butter hätte er in Mlyniets von Händlern, die sie kurz vorher über die Grenze gebracht, erstanden. Nach etwa 14 Tagen befand sich Gronowski wieder auf der Fahrt nach Berlin mit seinem Schwager in einem Abteil 2. Klasse, als wieder eine Gepäckrevision vorgenommen wurde. Dabei fand man in dem Wagenabteil ein Paket mit 57 Pfund Butter, als dessen Eigentümer Gronowski angesehen wurde. Er bestritt entschieden, Besitzer des Paketes gewesen zu sein. Da ihm das Gegenteil nicht bewiesen werden konnte, wurde er wegen dieses Falles freigesprochen. Auch bezüglich des anderen Falles erachtete der Gerichtshof gewerbsmäßigen Schleichhandel nicht für vorliegend. Nur weil der Angeklagte es unterlassen, die aus Polen eingeführte Butter bei der Zentraleinkaufsgesellschaft anzumelden, wurde er zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

Eingesandt.

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

An die deutsche Bevölkerung!

Vor ungefähr 14 Tagen waren hier im Artushof die A.- und S.-Räte von verschiedenen westpreußischenStädten zur Beratung über den Grenzschutz versammelt. Es wurden verschiedene Proteste an die Regierung abgesandt, welche alle die Demobilisierung des Grenzschutzes forderten unter dem Hinweis, daß eine Gefahr im Innern keinesfalls bestehe und das polnische Volk nur herausgefordert würde. Die schwersten Beschuldigungen gegen die Grenzschutzsoldaten wurden von Seiten der polnischen A.-Vertreter vorgebracht. Auffallend war nur, daß drei Viertel der A.- und S.-Räte polnisch waren und wie ich annehmen muß, radikalster Art. Zu meinem größten Erstaunen waren darunter leider einige Deutsche, welche deren Standpunkt mit vertraten. Nur ein deutscher A.-Vertreter aus Schwetz, welcher sich als alter Sozialdemokrat seit 1882 bekannte, machte eine rühmliche Ausnahme. Und nun haben wir die Bescheerung. Zuerst geht's in Culmsee los, wo die Polen den Einzug unserer Soldaten mit Gewehrfeuer zu verhindern suchen. Der dortige Vertreter des Arbeiterrats, ein Herr mit 3—4 Schmissen im Gesicht, ehemaliger Offizier, trat besonders für die Polen ein, was sagt er nun dazu?

Auch die Verhaftungen in Thorn geben zu denken.

Gewiß sind unsere Soldaten kriegsmüde, das gebe ich gerne zu, auch wir wollen in Ruhe leben nach so schwerer Zeit, aber wenn es nicht anders geht, wenn uns das Letzte noch geraubt werden soll, dann noch die letzte Kraft darangesetzt, um diejenigen eines andern zu belehren, die uns durch List und Gewalt vom Deutschen Reiche losreißen wollen.

Ein Deutscher, P.

Standesamt Thorn.

Vom 3. bis 5. Februar 1919.

Sterbefälle: Arbeiterin Leokadia Klimek 16 J. 6 Mon. Kriegsfeuerwerker von der Geschoßfabrik Siegburg Kurt Staats 25 Jahre. Erna Seehaber 1½ Mon. Arbeiterin Malvine Sonnenberg geb. Peplau 53 J. 8 Mon. Kaufmann Hugo Goeve 43 J. 1 Mon. Hilfsschaffnerfrau Hulda Mongowius geb. Zellmann 27 J. 5 Mon. Vizewachtmeisterfrau Lina Kern geb. Pochert 33 J. 2 Mon.

Standesamt Thorn-Mocker.

Sterbefälle: Gertrud Christel Lewandowski 2 Mon. Pens. Bahnwärter Karl Brasch 79 J. Arbeiterwitwe Hedwig Jasinski geb. Dziewontkowski 83 J. Arbeiterwitwe Julianna Kozielecka 59 J. Besitzer Drechsler Julius Elske, Witwer 61 J. Josef Nowakowski 8 J. Veronika Najchschak 7 J. Arbeiterwitwe Karoline Putz geb. Naßheimer 76 J. Arbeiter Simon Papke 34 J. Briefträgerwitwe Rosalie Rook geb. Kliemkiewicz 61 J. Johann Lenz 11 Mon.

Neueste Nachrichten.

Angriff polnischer Truppen auf Rawitsch.

Breslau, 4. Februar. (Drahtnachricht). Die Pressestelle des Volksrates Breslau (Zentralrat für die Provinz Schlesien) teilt mit:

Die Polen haben in der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr mit etwa 1000 Mann gut disziplinierter Truppen die Stadt Rawitsch halbkreisförmig angegriffen. Die Rawitscher Besatzung, die sich auf etwa 500 Mann beläuft, hat den Feind zurückgeschlagen. Der Kampf dauerte bis 6 Uhr morgens. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Die Lage ist weiter sehr ernst.

Der Arbeitermangel auf dem Lande.

Berlin, 4. Februar. (Drahtnachricht). Das Demobilmachungsamt hat einen Entwurf ausgearbeitet, durch dessen Bestimmungen dem Arbeitermangel auf dem Lande abgeholfen werden soll. Dieser Entwurf ist heute den Volksbeauftragten zugegangen. Er enthält nichts über eine Einziehung der Lebensmittelkarten. Alle in der Presse nach dieser Richtung hin aufgetauchten Nachrichten sind hinfällig.

Wiedereröffnung des englischen Unterhauses.

London, 4. Februar. (Drahtnachricht). Das Unterhaus nahm heute seine Sitzungen wieder auf.

Eierabgabe.

In dem mit dem 1 Februar 1919 begonnenen Eierwirtschaftsjahre haben die Hühnerhalter **für jedes Huhn mit freiem Auslaufe 35 Eier und für jedes Huhn ohne freien Auslauf 15 Eier** abzuliefern unter Abzug von je 10 Eiern für jeden Haushaltsangehörigen.

Das sich hiernach ergebende Ablieferungssoll ist aus den nachstehenden Tabellen zu ersehen:

I. Hühner mit freiem Auslaufe:

Hühnerzahl	Zahl der Haushaltsangehörigen											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1	25	15	5									
2	60	50	40	30	20	10						
3	95	85	75	65	55	45	35	25	15	5		
4	130	120	110	100	90	80	70	60	50	40	30	20
5	165	155	145	135	125	115	105	95	85	75	65	55
6	200	190	180	70	160	150	140	130	120	110	100	90
7	235	225	210	205	195	185	75	165	155	145	135	125
8	270	260	250	240	230	220	210	200	190	180	170	160
9	305	295	285	275	265	255	245	235	225	215	205	195
10	340	330	320	310	300	290	280	270	260	250	240	230
11	375	365	355	345	335	325	315	305	295	285	275	265
12	410	400	390	380	370	360	350	340	330	320	310	300
13	445	435	425	415	405	395	385	375	365	355	345	335
14	480	470	460	450	440	430	420	410	400	390	380	370
15	515	505	495	485	475	465	455	445	435	425	415	405
16	550	540	530	520	510	500	490	480	470	460	450	440
17	585	575	565	555	545	535	525	515	505	495	485	475
18	620	610	600	590	580	570	560	550	540	530	520	510
19	65	645	635	625	615	605	595	585	575	565	555	545
20	690	680	670	660	650	640	630	620	610	600	590	580

II Hühner ohne freien Auslauf:

Hühnerzahl	Zahl der Haushaltsangehörigen											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1	5											
2	20	10										
3	35	25	15									
4	50	40	30	20	10							
5	65	55	45	35	25	15	5					
6	80	70	60	50	40	30	20	10				
7	95	85	75	65	55	45	35	25	15	5		
8	110	100	90	80	70	60	50	40	30	20	10	
9	125	115	105	95	85	75	65	55	45	35	25	15
10	140	130	120	110	100	90	80	70	60	50	40	30
11	155	145	135	125	115	105	95	85	75	65	55	45
12	170	160	150	140	130	120	110	100	90	80	70	60
13	185	175	165	155	145	135	125	115	105	95	85	75
14	200	190	180	170	160	150	140	130	120	110	100	90
15	215	205	195	185	175	165	155	145	135	125	115	105
16	230	220	210	200	190	180	170	160	150	140	180	120
17	245	235	225	215	205	195	185	175	165	155	145	135
18	260	250	240	230	220	210	200	190	180	170	160	150
19	275	265	255	245	235	225	215	205	195	185	175	165
20	290	280	270	260	250	240	230	220	210	200	190	180

Thorn, den 3. Februar 1919.

Der Magistrat. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Freiwillige.

Für den **Grenzschutz von Thorn** sucht das Infanterie-Regiment 21

Freiwillige aller Dienstgrade und Truppengattungen.

Infanteristen, Artilleristen, Kavalleristen, Pioniere, Nachrichtentruppen und Train können sich melden:

Neue Inf.-Kaserne Rudak, Zimmer 16.

Bedingung.

Gute Disziplin und vaterländische Gesinnung. Verpflichtung auf volle Monate. Mobiles Gehalt für alle Dienstgrade (Mannschaften monatlich 30 M.). Außerdem 5 M. den Tag. Gute Verpflegung. Familienunterstützung. Die freiwillige Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Altersversicherung wie Dienst im aktiven Heer. Ausweise und Entlassungspapiere sind mitzubringen.

Infanterie-Regiment von Borcke (4. Pomm.) Nr. 21
Thorn-Rudak.

Herabsetzung der Kartoffelration.

Durch Anordnung des Herrn Staatssekretärs des Reichsernährungsamts ist vom **3. Februar d. Js** ab die tägliche Kartoffelration der Selbstversorger **von 1½ Pfund auf 1 Pfund** herabgesetzt.

Die Selbstversorger haben daher alle überschießenden Mengen an Kartoffeln baldigst an den städtischen Kartoffelkeller abzuliefern.

Unsere Sachverständigen sind angewiesen, eine Nachprüfung der Kartoffelbestände vorzunehmen. Nicht abgelieferte überschießende Mengen werden für verfallen erklärt und ohne Zahlung einer Entschädigung beschlagnahmt werden.

Diejenigen Versorgungsberechtigten, welche Kartoffeln eingekellert haben, dürfen davon vom gleichen Zeitpunkte ab nur noch 5 Pfund, anstatt 7 Pfund wöchentlich verbrauchen. Auch die Befolgung dieser Vorschrift wird überwacht werden.

Thorn, den 3 Februar 1919.

Der Magistrat. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Der Koks-Verkauf

ist von heute ab bis auf weiteres



Elektricitätswerke Thorn,
Abteilung Gaswerke.

Gestern abend 5 3/4 Uhr entschlief sanft nach schwerem mit Geduld ertragenem Leiden, mein lieber unvergeßlicher Sohn, der

Kaufmann

Hugo Goewe

im Alter von 41 Jahren.

Dieses zeigt schmerzerfüllt im Namen der trauernden Hinterbliebenen an.

Thorn, den 5. Februar 1919.

Die tiefgebeugte Mutter

Martha Goewe.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 8. Februar, 11 Uhr vormittags von der Leichenhalle des altstädtischen Friedhofes aus statt.

Betrifft

Speisefettabgabe.

Die auf jede Fettmarke wöchentlich abzugebende Buttermenge wird auf

31 1/4 Gramm

festgesetzt.

Thorn, den 1. Februar 1919.

Der Landrat.
Kleemann.

Für den Arbeiter- u. Soldatenrat
Flöter.

Milchversorgung.

Wegen unzulänglicher Anlieferung müssen sich die Milchbezugsberechtigten **vorläufig kleine Abzüge** gefallen lassen. Es wird alles aufgeboten, die Vollbelieferung baldigst wieder zu ermöglichen.

Thorn, den 29. Januar 1919.

Der Magistrat.
Der Arbeiter- u. Soldatenrat.

Die Schwesternschaft vom Roten Kreuz hierselbst, staatlich anerkannte Krankenpflege-Schule

sucht Schwestern

mit guter Schulbildung im Alter von 18 bis 35 Jahren.

Gesuche um Annahme sind an das unterzeichnete Kuratorium zu richten, worauf die Annahmebedingungen mitgeteilt werden.

Thorn, den 30. Januar 1919.

Das Kuratorium der Schwesternschaft vom Roten Kreuz

Verein der Arbeitgeber von Thorn und Umgebung mit ungefähr 700 Mitgliedern sucht per sofort, spätestens zum 1. 3. dieses Jahres eine

geeignete Persönlichkeit,

die in der Lage ist, die Geschäfte des Vereins selbständig im Nebenamt führen zu können.

Angebote unter **E. 251** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erb.

Eisarbeiter
stellt noch ein Thorner Brauhaus.

Eine erste **Putzarbeiterin**
2 jüng. Putzarbeiterinnen
ein Lehrmädchen
für den Verkauf sucht
Marie Stutterheim

Für mein Kontor suche sofort ein

Fräulein

mit guter Handschrift, die Erfahrungen in Buchführung Kurzschrift und Schreibmaschine hat. Schriftliche Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche an

Franz Koltermann, Thorn.

Junge Dame
von sofort für Contor gesucht. Zeugnisabschr. mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen unter **A. 250** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten

---

Perfekte Köchin,
erfahren in Wäschebehandlung und Nähen, gesucht. Ang. m. Lohnang. u **P. 248** a. d. Geschst. d. Ztg.

Eine Aufwartung
sofort gewünscht Schulstr. 16 II r.

Junger Kaufmann, 19 Jahre, sucht
passende Beschäftigung.
Angebote unter D. 30 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Nachhilfestunden erteilt Student Angebote unt B 249 a. d. Geschäftsstelle d Ztg erb.

Sie sparen
70–80 Prozent
an Feuerungsmaterial
wenn Sie in der
Heinzelmännchen Kochkiste
kochen, braten und backen
und helfen auf diese Weise den Kohlemangel zu beseitigen.
Alle Größen zu haben bei
C. B. Dietrich & Sohn
G. m. b. H.
Thorn, Breitestr. 35.

Kontrollkassen
National-Totaladdierer, ältere und neuere Modelle kaufen wir gegen bar Offerten unter J. O 6751 an Rudolf Mosse, Berlin S. W 9.

Kräftiges mittelschweres
Pferd
nicht über 10 Jahre alt, sucht zu kaufen
„Union"
Grosshandlung landw. Maschinen u. Geräte
Mauerstraße 1.



Schlachtpferde
kauft zu zeitgemäßen Preisen
Hermann Kohlschmidt,
Roßschlächterei,
Thorn, Copperniknsstr. 8, Tel. 565.
Bei Unglücksfällen sofortige Abholung.

Kaufe jeden Posten
Roßhaare
und zahle die höchsten Preise
Rudolf Behrendt, Bürstenfabrikant.
Thorn-Mocker, Rößnerstraße 2.

Ankauf
von
Militärbekleidungsstücken.

Bei der Heeresverwaltung macht sich ein immer größerer Mangel an:

Feldmützen, Mänteln, Blusen, Tuchhosen, Stiefeln und Schnürschuhen

in neuen und guterhaltenen Stücken fühlbar. Jeder Entlassene, der diese Sachen irgendwie entbehren kann erfüllt damit eine vaterländische Pflicht, wenn er entbehrliche Stücke an das nächstgelegene Bezirkskommando oder Meldeamt abgibt Die Stücke werden je nach Tragewert bezahlt. Jeder bedenke, daß noch viele Soldaten mit Bekleidungsstücken ausgerüstet werden müssen, welche die Bekleidung sehr nötig gebrauchen.

Eile tut hier not.

* * *

Verkauf von Militärbekleidungsstücken und Schuhzeug.

Es gehen beim Kriegsministerium und Generalkommando wiederholt von Zivilbehörden usw. Gesuche um Ueberlassung von Militärbekleidungsstücken und Schuhzeug ein. Bei dem jetzigen Mangel an diesen Stücken ist es nicht möglich, derartige Gesuche zu erfüllen, da die geringen Bestände zur Einkleidung von Soldaten kaum reichen. Militärische Bekleidungsstücke und -stoffe aller Art und Ausrüstungsstücke, die für die Heeresverwaltung entbehrlich sind, werden auf Veranlassung des Reichsverwertungsamts entweder an die Reichsbekleidungsstelle, Reichstextilgesellschaft oder an die Reichsstelle für Schuhversorgung, Berlin, abgegeben, um sie für die Bevölkerung nutzbar zu machen. Das Generalkommando weist darauf hin, daß nur diese Stellen für die Abgabe von Sachen zuständig sind.

Die Beauftragten des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats.
Artus. Rahn.

Von seiten des Generalkommandos.
Der Chef des Generalstabes.
v. Stülpnagel.

Meiner geehrten Kundschaft die ergebene Mitteilung, daß ich von heute ab

Elektrische Kopfmassage
mit Bestrahlung
sowie Gesichtsmassage mit Dampfbad

neu eingerichtet habe.

Es wird mein Bestreben sein, auch auf diesem Gebiete meine werte Kundschaft zufrieden zu stellen.

Hochachtungsvoll

Frau Marta Kissau,
Breitestraße 5.

Josef Winkler

Brückenstrasse 27, Telefon 1479 — Ingenieurbüro, Filiale in **Lyck.** — Brückenstrasse 27, Telefon 1479

Ausführung elektrischer Licht- und Kraftanlagen
für Rittergüter, Fabriken, Ortschaften, sowie im Anschluss an das Elektrizitätswerk, deren Reparaturen und Erweiterungen
Lieferung von Beleuchtungskörpern, Glühlampen, sowie sämtlichen Installations-Materialien.
Ladestation transportabler Akkumulatoren.

▼ Ankerwickelei ▼
Reparatur u. Neuwickelung von Motoren, Dynamos jeder Stromart und Spannung, bei kürzester Lieferzeit
Reparatur elektromedizinischer Apparate, Fönapparate, Anlasser, Bau von Schaltafeln usw.
— Ingenieurbesuche und Kostenanschläge auf Wunsch. —

Sommerhüte zum Pressen und Färben werden jetzt angenommen.
D. Henoch Nachf.
Altstädtischer Markt 24.

Günstige Zahlungsbedingungen!

Lanz- und Flöther-Dampf- und Motor-Dreschmaschinen
mit Selbsteinleger, Spreusauger und Bläser, ferner
2 Dreschmaschinen, Fabrikat Ruston-Proctor
54" breit, Trommeldurchmesser 24", Friedensausführung, hat preiswert abzugeben
Maschinenabteilung der Ueberlandzentrale Westpreussen G. m. b. H.
Marienwerder Wpr Fernruf 870/75.
Zweigstelle und Werkstatt Pr Holland, Bahnhofstr. 3.

Günstige Zahlungsbedingungen!

Am Freitag, den 7. Februar, abends 7 Uhr
findet im Saal von Nicolai, Mauerstraße, eine

Versammlung der Büroangestellten

statt.

Tagesordnung:

1. Was müssen die Angestellten zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage tun? Referent: Gauleiter des Büroangestellten Verbandes **E. Loops,** Danzig.
2. Freie Aussprache.

Kollegen und Kolleginnen! Die Zeiten sind zu ernst, daß die Büroangestellten noch länger abseits stehen sollen von der großen Volksbewegung, die die Revolution geschaffen hat. Darum ersuchen wir alle Büroangestellten des Magistrats des Landgerichts und Amtsgerichts, der Staatsanwaltschaft, des Landratsamts, des Kreisausschusses und Katasteramts, der Ortskrankenkasse und der Viktoria Lebensversicherung, sowohl sämtliche Angestellte der Rechtsanwälte und Notare in der Versammlung vollzählig zu erscheinen.

Der Einberufer.

Am Freitag, 7. Februar, um 6 Uhr abends
findet in Podgorz, bei Herrn Schulz, „Restaurant zum Kronprinzen" eine

Öffentl. Volksversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Die Sozialdemokratie und Kommunalverwaltung.
2. Diskussion.

Volksgenossen und Genossinnen! Eine wichtige Aufgabe steht vor uns! Von der Zusammensetzung der künftigen Kommunal-Verwaltung hängt unsere Zukunft als Bürger ab!

Erscheint in Massen!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei.

Viktoria-Park.

Donnerstag und Sonnabend:

Grosser Ball.

Spiegelglatter Parkettfußboden! Anfang 6 Uhr

Ziegelei-Park.

Donnerstag, den 6. Februar 1919:

Großes Streichkonzert

ausgeführt von der Kapelle des Infanterie-Regiments 21 unter persönlicher Leitung des Obermusikmeisters **Grüneberg.**

Anfang 4 Uhr. Eintritt 80 Pfg.

Hochachtungsvoll
Gustav Behrend.

Die hellsehende Wunderspinne
zeigt sich dem geehrten Publikum
von nachmittags 3 bis 9 Uhr, Brückenstraße 40.
Jeden Nachmittag:
Große Familien- und Kinder-Vorstellung
des berühmten Zauberkünstlers Professor **Alexander Fürst.**
„Das Geldgreifen aus der Luft."
Hierzu ladet freundlichst ein **H. Wasman.**

Männer-Gesang-Verein „Liederfreunde."
Chormeister: Seminar- und Musiklehrer **Janz.**

Sangesfreudige heimgekehrte Krieger und stimmbegabte Herren finden herzliche Aufnahme in unserm Verein. Anmeldungen in den Singstunden: **jeden Freitag** abends 8 Uhr im **Vereinszimmer des Artushofes.** **Der Vorstand.**

Sportverein „Vistula" Thorn.

Monatsversammlung
Donnerstag 7 1/2 Uhr Löwenbräu

Tagesordnung:

1. Bericht über Sportplatz usw.
2. Neuwahl des Schriftwarts
3. Eröffnung des Sportbetriebes.
4. Allgemeines

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und von Freunden des Sports sehr willkommen.

Verkaufe eleganten, fast neuen
Einspänner-Schlitten
(Muschelform).
Hotel „Kronprinz", Podgorz.

Stadt-Theater

Donnerstag, 6. Februar, 7 Uhr: Außer Abonnement! Zum 1. Male! Operettenneuheit!
„Hannerl."
(„Das Dreimäderlhaus," 2. Teil)

Freitag, 7. Februar, 7 Uhr: Abonnem.-Vorst.! Zum 2. Male!
„Hannerl."

Sonnabend, 8. Febr, nachm. 3 Uhr: Heiterer Nachmittag für Klein und Groß! Ermäßigte Preise! Zum 1. Male!
„Max und Moritz."
6 Bubenstreiche nach Wilhelm Busch.
Abends 7 Uhr! Ermäßigte Preise! Literarisch Abend! Zum letzten Male!
„Der Strom".

Sonntag, 9. Februar, nachm 3 Uhr: Ermäßigte Preise! Zum 4. Male!
„Das Dreimäderlhaus."

Ein Laden
(jetzt städt Verkaufsstelle) Windstr. 1, zum 1. April 19 zu vermieten.
E. Szyminski.